

Frankfurt, 12. Januar 2017

Pressemitteilung

Der Hessische Flüchtlingsrat begrüßt Vorstoß für einen bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan

Am Dienstag hat sich Schleswig-Holsteins Innenminister, Stefan Studt (SPD), für einen bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan ausgesprochen. Hintergrund sind unter anderem die kürzlich veröffentlichten „Anmerkungen von UNHCR zur Situation in Afghanistan auf Anfrage des deutschen Bundesministeriums des Innern Dezember 2016“, wonach sich die Sicherheitslage in Afghanistan „nochmals deutlich verschlechtert hat“.

Zum selben Ergebnis kommt auch der UNAMA Bericht aus der ersten Jahreshälfte 2016. Mit insgesamt 5.166 zivilen Opfern – davon 1.601 Tote und 3.565 Verletzten – dokumentiert die UNAMA einen Anstieg um 4 Prozent gegenüber der absoluten Zahl von Opfern im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2015 – die höchste Zahl ziviler Opfer seit 2009.

Entgegen der Einschätzungen des Bundesinnenministeriums, es gebe innerhalb Afghanistans sichere Regionen und somit interne Schutzalternativen, ist laut UNHCR „das *gesamte* Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifikationsrichtlinie betroffen“. Infolge wäre den Betroffenen im Asylverfahren subsidiärer Schutz nach §4 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 AsylG zu gewähren. Eine „verantwortungsvoll(e) und behutsam(e)“ Rückführung, wie Bundesinnenminister Thomas De Maizière sie propagiert, dürfte somit kaum möglich sein.

„Wir bedauern zutiefst, dass Hessen den – spätestens nach diesem UNHCR-Bericht offensichtlichen - *Fehleinschätzungen* des Bundesinnenministeriums zur Sicherheitslage in Afghanistan gefolgt ist und sich an der Sammelabschiebung am 14. Dezember 2016 beteiligt hat“, so Adora Udogwu vom Hessischen Flüchtlingsrat. „Wir appellieren dringend an den Hessischen Innenminister, Peter Beuth, einen sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan zu erlassen und sich der Initiative Studts anzuschließen“.

Angesichts einer Gesamtschutzquote von 55,8 Prozent im Dezember 2016 fordert der Flüchtlingsrat darüber hinaus, afghanischen Geflüchteten eine sichere Bleibeperspektive zuzusprechen und ihnen somit von Anfang an den Zugang zu Sprach- und Integrationskursen zu eröffnen.

Bei Rückfragen kontaktieren Sie bitte die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates:

069-976 987 10

hfr@fr-hessen.de